

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Gerald Hauser, Erwin Angerer, Peter Schmiedlechner
und weiterer Abgeordneter

betreffend **Steigerung der Wolfrisse um +53%: Es wird Zeit zu handeln!**

Der Almsommer 2021 neigt sich dem Ende zu. Mehr als zwei Drittel der Tiere sind bereits wieder ins Tal getrieben. Bis Mitte Oktober folgt der Rest. Dennoch überschattete ein Thema im heurigen Jahr die gesamte Almwirtschaft: der Wolf. Rund 450 Schafe wurden – mehrheitlich von Mai bis September – von Wölfen gerissen. 2020 waren es nur 294, was eine Steigerung von zumindest 53% bedeutet. Die Wolfsrichtungen in Siedlungsgebieten stiegen ebenfalls. Dies führte dazu, dass drei Bundesländer der Abschussbescheide bzw. -verordnungen erließen: Salzburg, Tirol und Kärnten.¹

In Kärnten wurde zuletzt ein großer Beutegreifer zum „Problemwolf“ erklärt, nachdem er auf drei Almen 56 Schafe gerissen hatte. Laut Bescheid darf das Raubtier noch bis 30. September im Gebiet der betroffenen Almen bejagt werden. Der Kärntner Wolfsbeauftragte Roman Kirnbauer gab allerdings zu bedenken: „Ein Abschuss wäre schon ein Fünfer im Lotto.“ Ein Jäger, der anonym bleiben wollte, sprach gar von einem Lotosechser und ergänzte: „Ich möchte so einen Auftrag (zum Abschuss, Anm.) nicht erhalten. Die meisten werden sich überlegen, das zu tun, weil der gesellschaftliche Druck sehr hoch ist.“ Was erschwerend hinzukommt: Der Bescheid ist bislang noch gar nicht rechtskräftig. (Salzburger Nachrichten, 20.09.2021)

In Tirol lehnte das zuständige fünfköpfige Fachkuratorium, verantwortlich für die Beurteilung des Verhaltens und der Gefährlichkeit großer Beutegreifer, die Entnahme eines Problemwolves ab. Jene Wölfe, die im heurigen Rekordsommer Dutzende Schafe gerissen haben, waren bereits weitergezogen. Weil aufgrund der langwierigen Entscheidungsfindung kein Problemwolf mehr greifbar war, gab es auch keine Empfehlung für eine Entnahme. Diese Entscheidung der vom Land Tirol eingesetzten Beutegreifer-Kommission sorgte für Kopfschütteln über die Parteigrenzen hinweg:

In Gremium und Gesetzes-Änderung seien „große Hoffnungen“ gesetzt worden, sagt Landwirtschaftskammerpräsident Josef Hechenberger. „Diese haben sich nicht erfüllt. Die Ernüchterung ist groß, die Stimmung aufgeladen.“ Da es nach wie vor keine Handhabe gebe, frage er sich, „ob der Umweg über das Fachkuratorium der richtige ist“ oder nicht doch die Schonung von Wölfen aufgehoben werden muss. „Wir werden eine ausführliche Klärung einfordern“, so Hechenberger. „Denn wie wir in den nächsten Almsommer gehen, ist entscheidend. Bisher wurden wir immer mit neuen Stellen und Gesetzen vertröstet, die nicht praxistauglich sind bzw. keinen Beitrag zur Lösung des

¹ <https://www.sn.at/panorama/oesterreich/die-angst-vor-dem-toten-wolf-108556345>

Problems leisten. Da erwarte ich mir ganz klar eine bessere Arbeit.“ (Tiroler Tageszeitung, 09.09.2021)

Wie der ÖVP-Nationalratsabgeordnete Hechenberger forderte zuvor bereits der Tiroler ÖVP-Bundesrat Andreas Köll bessere Schutzmaßnahmen und schlug vor durch eine österreichweite „Wolfsverordnung“ ein längst überfälliges Wolfsmanagement einzuführen² Der steirische ÖVP-Nationalratsabgeordnete Andreas Kühberger startete sogar eine Petition um sich für eine leichtere und unbürokratischere Entnahme von Problemwölfen auszusprechen.³ Zwar ist die Untragbarkeit der gegenwärtigen Situation augenscheinlich unstrittig, konkrete Schritte setzten die Bundesregierung bzw. die Landwirtschaftsministerin Köstinger (ÖVP) dennoch nicht. Die Apelle der Parteifreunde verhallten ungehört.

Statt Willensbekundungen und Lippenbekenntnissen braucht es zum Schutz der traditionellen österreichischen Almwirtschaft und im Einzugsgebiet des Wolfes lebender Menschen dringend ein ordentliches Wolfsmanagement. Anträge der FPÖ,⁴ welche die notwendigen Voraussetzungen zur Entnahme von Problemwölfen bereits vor dem Rekordsommer 2021 schaffen sollten, wurden von der türkis-grünen Regierungsmehrheit jedoch nicht angenommen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird dringend aufgefordert alle notwendige Maßnahmen für ein aktives Wolfsmanagement in Österreich zu treffen, sowie die Entnahme von Problemwölfen (durch Änderung des Schutzstatus gem. FFH-Richtlinie) zu ermöglichen.“

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft zuzuweisen.

² <https://assets.dolomitenstadt.at/wp-content/uploads/2020/05/resolution-matrei-wolf.pdf>

³ https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/PET/PET_00025/index.shtml

⁴ https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/A/A_00825/index.shtml und https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/A/A_01768/index.shtml

